

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei jeder Zustellung ins Haus monatlich 3.— Mk., vierteljährlich 13.— Mk.
Redaktion: Am Sprenghaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,50 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltigen Reklamezeile 6.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2946. Expeditor: Am Sprenghaus 6. — Telefon 3780.

Nr. 96

Dienstag, den 28. April 1921

12. Jahrgang

Die Maisfeier der internationalen Arbeiterschaft.

Die Zweite Internationale verlangt die Revision der Friedensverträge.

Berlin, 25. April. Die Zweite Internationale erläßt einen Aufruf zur Maisfeier, der mit folgenden Worten schließt: Wir fordern: Nationale Gerechtigkeit für alle Völker und dementsprechend Revision der Friedensverträge. Wiederherstellung des internationalen Handels und Verkehrs, Sicherung des geistigen Kampfes in Wort und Schrift unbeschränkt durch Willkürgeetze, Freilassung aller, die wegen einer politischen Gesinnung gefangen gehalten werden, Abschaffung des Militarismus in allen Ländern, Frieden zwischen den Völkern. Wir erneuern unser alles Gelübnis zum Kampfe für: die Sozialisierung der Produktionsmittel und die Ersetzung des Kapitalismus durch das sozialistische Gemeinwesen, die internationale Gemeinshaft der Arbeiterklassen und ein einigtes Arbeiterinteresse, die Verbesserung der gesamten Lebenshaltung der Arbeiter. Genossen: Vereint eure Kräfte, um aus dieser Maisfeier eine nie dagewesene Demonstration für die Solidarisität der Arbeiterschaft zu machen! Wenn ihr unfrei und uneinig seid, eilt Europa dem Verderben entgegen. Möge an diesem Tage in 100 Sprachen nur ein Ruf sich erheben: Die Arbeit muß herrschen!

Lloyd George und Briand halten die deutschen Wiedergutmachungsansprüche für unannehmbar.

London, den 25. April. Wie die „Times“ melden, wurde mitgeteilt, daß sowohl Lloyd George als auch Briand die deutschen Vorschläge über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs annehmbar fanden und für einen Gewinn erklärten, soweit die materiellen Angebote in Betracht kommen. Der Vorschlag der Verfestung deutscher Arbeiter in die zerstörten Gebiete wurde für eine zu bedeutende Frage angesehen, als daß man sich darüber in Synthe irgendeiner Meinung hätte bilden können. — „Daily Chronicle“ schreibt in seinem Leitartikel: Das deutsche Wiederaufbauangebot werde zweifellos von den Franzosen ernstlich erwogen, die den Gedanken einer direkten deutschen Mitwirkung an dieser Aufgabe jetzt nicht mehr grundsätzlich verwerfen.

London, 25. April. Briand und Lloyd George haben, wie dem „Star“ gemeldet wird, heute morgen noch eine kurze Unterredung gehabt. Kurz vor 11 Uhr hat sich Lloyd George nach London begeben. Briand ist nach Folkestone abgereist.

Brüssel, 24. April. (Havas.) Loucheur und Jaspar hatten Besprechungen über die durch die Haltung Deutschlands geschaffene Lage, die in den nächsten Tagen fortzuauern werden. Jaspar wird nach London fahren, damit sich die Ansicht der belgischen Regierung mit der der englischen Regierung vollkommen deckt. Zahlreiche Fragen müssen erörtert und besprochen werden. Es ist wahrscheinlich, daß man vor Dienstag zu keiner Entscheidung gelangen wird. Eine neue Zusammenkunft der alliierten Regierungen ist schon jetzt vorzusehen. Die Besprechungen zwischen Loucheur und Jaspar haben wieder einmal das Einverständnis zwischen Frankreich und Belgien gezeigt.

Paris, 25. April. „Pertinax“ faßt das Ergebnis der Beratungen von Synthe wie folgt zusammen: 1. Lloyd George habe grundsätzlich zugestimmt, daß die Befreiung des Ruhrgebiets ausgeführt werde, wenn die Vorschläge, die Deutschland an Amerika übermittelt habe, zu keinem Einverständnis zwischen dem Reiche und den Verbündeten führten. 2. Lloyd George stimme ferner zu, daß, ohne abzuwarten, die französischen und englischen wirtschaftlichen Sachverständigen zusammentreten, um die wirtschaftlichen Maßnahmen, die von den französischen Sachverständigen ausgearbeitet wurden, zu prüfen. „Pertinax“ sagt, weder Lloyd George noch seine Mitarbeiter hätten genügend Zeit gehabt, die Aufgaben zu lösen. Sie hätten also noch in vollkommener Handlungsfreiheit. Dieser Punkt sei um so wichtiger, als die Engländer sich Frankreich zu einer militärischen Expedition erst anbieten wollen, wenn die wirtschaftlichen und finanziellen Probleme ihrem Urteil unterbreitet und in praktischer Weise gelöst seien. Nach Sauerwein ist auch die Frage der Befreiung von Hamburg vorgeschlagen worden. Aber „Pertinax“ glaubt, daß die Frage der Befreiung der Röhre für die Seetransporte erst in Zukunft in Frage kommen werde. Der „Petit Parisien“ aus London berichtet, es handele sich bei dem, was gestern in Synthe besprochen wurde, nur um eine bedingungsweise Verständigung. Das britische Einverständnis scheine tatsächlich von zwei Bedingungen abzuhängen, daß die neuen deutschen Vorschläge ebenso wenig befriedigend

wären, wie die früheren, und 2., daß die von der französischen Regierung gegenüber Deutschland vorgenommenen wirtschaftlichen Maßnahmen einer ersten Prüfung standhalten könnten. Daraus ergibt sich auch der Beschluß, schon von morgen ab die alliierten Sachverständigen zusammenzurufen, damit sie prüfen und, wenn nötig, abändern, was von Frankreich vorgeschlagen wurde, bevor der Oberste Rat am 30. April zusammentrete.

Das deutsche Vermittlungsangebot an Amerika.

Berlin, 25. April. Die deutsche Note in der Reparationsfrage ist gestern abend dem Vertreter des Herrn Drejes, des amerikanischen Kommissars in Berlin, übergeben worden. Heute vormittag 9 Uhr haben Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern sämtlicher Fraktionen stattgefunden. Um 10 Uhr folgte eine Aussprache mit dem Ausschuss des Reichsrates. Die Veröffentlichung der Note ist für heute nicht mehr zu erwarten.

Die deutsche Öffentlichkeit wird also nach wie vor im Dunkel über die neuen Vorschläge der Reichsregierung gelassen. Auch die getriggen Interpellationen der unabhängigen Sozialdemokraten und der Deutschnationalen im Reichstage, bei denen die Abgeordneten Dittmann und Hoehsch äußerst scharfe Kritik an dieser fortgesetzten Geheimnisfrämerei übten, haben dem Minister Simons nicht die Sprache zu lösen vermocht. Inzwischen ist natürlich die deutsche Presse voll der kühnsten Vermutungen, und es ist wieder einmal zu erwarten, daß uns die deutschen Vorschläge zu erst aus den bekanntermaßen einseitig gefärbten Berichten ausländischer Blätter bekannt werden. Der „Vorwärts“ begleitet diese Vorgänge zutreffend mit folgendem ironischem Kommentar:

„Das ist der augenblickliche Stand der Dinge. Singausfügen ist allenfalls noch, daß man sich in verfassungswidrigen Kreisen den Kopf über den Artikel 35 der Reichsverfassung zerbricht, der besagt: Der Reichstag bestellt einen fünfstimmigen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten, der auch außerhalb der Tagung des Reichstags und nach der Beendigung der Wahlperiode oder der Auflösung des Reichstags bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags tätig werden kann. Die Sitzungen dieses Ausschusses sind nicht öffentlich, wenn nicht der Ausschuss mit Zweidrittelmehrheit die Öffentlichkeit beschließt.“

Da dieser Ausschuss seit der Ankündigung des neuen Antrags durch Dr. Simons in dem ganzen Lauf der verwickelten Angelegenheit, bei der es sich um das Schicksal des ganzen deutschen Volkes handelt, noch nicht ein einziges Mal bemüht worden ist, ist der Sinn dieser Verfassungsbestimmung dunkel geworden. Man wird sich darüber entscheiden müssen, ob man sie durchführen oder aber sie, und mit ihr den auswärtigen Ausschuss, der kaum noch eine Schattenexistenz führt, beiseite stellt.“

Washington, 25. April. (Reuter.) Hughes hatte die deutsche Note noch nicht erhalten, als er heute das Amt verließ. Es wird angenommen, daß irgendeine Verzögerung in der Uebersetzung eingetreten ist.

Newyork, 25. April. Eine amtliche Meldung aus Washington besagt, man ist hier sehr hoffnungsvoll, daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas gestatten werden.

Paris, 25. April. Havas verbreitet folgende Meldung der „Daily Mail“ aus Washington: Im dem Wunsche, die Solidarität der Vereinigten Staaten mit den Verbandsregierungen erneut zum Ausdruck zu bringen, hat die Regierung den Parteiführern des Senats mitgeteilt, sie hege den Wunsch, daß die Abstimmung über die Entschließung des Senators Knox erst nach dem 1. Mai stattfinden.

Paris, 26. April. Nach einer „Matin“-Meldung aus Washington hat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten die Resolution Knox angenommen und an ihr nur leichte Änderungen vorgenommen.

Die Goldmarkforderung der Reparationskommission.

Paris, 25. April. Wie der „Intransigeant“ mitteilt, wird die Reparationskommission am Mittwoch eine Benachrichtigung ohne die Deutschen abhalten, in der die Umrechnung der Schadenaufstellung der verbündeten Länder in Goldmark vorgenommen und der Gesamtbetrag der deutschen Schuld festgelegt werden soll. Am Freitag wird die endgültige Rechnung jedes einzelnen der verbündeten Länder überreicht werden.

Paris, 25. April. Nach einer von der Agence Havas veröffentlichten Note der Reparationskommission hat diese in ihrer Vollziehung vom 25. April insofern der Ablehnung der deutschen Regierung, den Metallbestand der Reichsbank nach Koblenz oder Köln ausführen zu lassen, beschloffen, die Ablieferung von einer Milliarde Goldmark an die Bank von Frankreich bis spätestens 30. April zu verlangen.

Die deutsche Regierung in der Sackgasse.

Genosse Friedrich Stampfer schreibt uns aus Berlin: Am Freitagmorgen erfuhr die Deutsche Reichsregierung aus den Morgenblättern, daß die Regierung des Präsidenten Harding den Vorschlag gemacht hatte, er möge zwischen Deutschland und der Entente das Schiedsgericht übernehmen. Wenige Stunden darauf war aber auch schon bekannt, daß Harding diesen Vorschlag abgelehnt hat.

Es gibt wohl keinen Menschen in Deutschland, der eine andere Antwort auf den Verzweiflungsschritt der Regierung erwartet hat. Harding konnte den deutschen Vorschlag der Entente garnicht unterbreiten, ohne sich eine scharfe Ablehnung zu holen. Wenn die deutsche Regierung bereit war, das Schicksal Deutschlands blindlings in die Hand eines Mannes zu legen, den sie wenig kennt, und der ganz offenbar nicht deutsche sondern amerikanische Interessen vertreten hat, so durfte sie sich sagen, daß Harding wahrscheinlich doch zum mindesten ein kleineres Übel sein würde, als die Reparationskommission. Die Entente aber konnte in keinem Augenblick daran denken, auf die ganze ungeheure Nacht, die sie im Kriege über Deutschland erungen hat, zugunsten des fremden Mannes jenseits des Ozeans zu verzichten. Harding hat denn auch diese Zumutung an sie garnicht gestellt, sondern den deutschen Vermittlungsvorschlag abgelehnt.

Die amerikanische Regierung hat diese Ablehnung mit dem Rat an Deutschland verbunden, schnellstens neue Vorschläge zu formulieren, die als Verhandlungsgrundlage geeignet sind, und sich bereit erklärt, solche Vorschläge in einer für sie annehmbaren Weise zur Beachtung der Alliierten zu bringen. Die deutsche Regierung hat Amerika aufgefordert, die Rolle des Schiedsrichters zu übernehmen. Amerika hat sich aber nur bereit erklärt, zwischen Deutschland und der Entente den Preisrichter zu spielen.

Inzwischen hat die deutsche Regierung ihre neuen Vorschläge nicht an Amerika, sondern an die Entente direkt gerichtet. Und das war zweifellos an sich das Beste, da die Entente, längst zu erkennen gegeben hat, daß sie jede Vermittlung ablehnt und mit Deutschland direkt zu verhandeln wünscht. Die neuen Vorschläge beziehen sich aber nur auf den Wiederaufbau der besetzten Gebiete, für den sie eine ganze Musterkarte von Möglichkeiten vorlegen. Sie sagen aber nichts über die Frage, die Frankreich am dringendsten interessiert, und die im Mittelpunkt der neuen internationalen Krise steht, die Frage nämlich, was Deutschland in der nächsten Zeit an Entschädigung in haren Zahlungsmitteln zu leisten bereit und imstande ist.

Die Regelung dieser Frage bildet das Kernstück der Pariser Beschlüsse, von denen die Alliierten nicht abzugehen entschlossen zu sein scheinen. Kommt es überhaupt zu Verhandlungen, so ist zu erwarten, daß die Entente der deutschen Regierung die Pariser Beschlüsse zur nochmaligen Entscheidung vorlegen wird. Es ist aber überhaupt möglich ist, den Zug der neuen Sanktionen bis dahin aufzuhalten, ist nach der ganzen bisherigen Stellungnahme der Alliierten ungeniem fraglich.

Die ganze Einrichtung aber spitzt sich dahin zu, daß zwar nicht unmittelbar am 1. Mai, aber doch bald darauf der Normarsch der Franzosen im Westen und der Polen im Osten beginnen soll, und damit tritt die Katastrophe ein, die durch die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles vermieden werden sollte.

Obt es überhaupt noch einen Ausweg? Die Ententepresse deutet die Möglichkeit eines solchen an, in dem sie immer wieder von einer Krise der gegenwärtigen deutschen Reichsregierung und von einer neuen Hebernahme der Führung durch die Sozialdemokratie spricht. Die Sozialdemokratie kann sich aber nicht zum Mittel einer ententistischen Gewaltpolitik lassen. Sie könnte nur dann in die Regierung wieder eintreten, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt wären: erstens, wenn sie die Sicherheit hätte, daß sich der Wind von draußen ändern wird, und daß sich die Regierungen des Auslandes von demselben Willen zur Verständigung und zum wirklichen Frieden besetzt zeigen werden, der sie selbst erfüllt, und zweitens, wenn die Möglichkeiten gegeben wäre, nach innen die Kraft zu entfalten, deren Anwendung notwendig ist, um Versprechungen zu erfüllen. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Stellung Bayerns in der Entwaffnungsfrage erinnert.

Die Sozialdemokratische Partei würde sich keinen Augenblick bekümmern, in den Weg zu springen, um das deutsche Volk zu retten und der Welt den wirklichen Frieden zu geben. Aber sie würde dem deutschen Volk nicht näher, sondern nur noch mehr schaden, wenn sie sich reflexlos aufopfert. Sie kann auf die Frage, ob es einen Ausweg gibt, sichlicher Weise nur antworten, daß in diesem Augenblicke keiner sichtbar ist.

Freilich hat man in der Politik schon manches Mal die Erfahrung machen können, daß manches, was sehr ungeschickt angefangen wurde, schließlich doch ein gutes Ende nahm. Nur aus dieser Erfahrung läßt sich heute noch die Hoffnung schöpfen, daß die Sturmflut durch die Klippen, auf der sich jetzt das deutsche Reichsschiff befindet, schließlich doch mit einer rettenden Landung enden wird.

Nachdem die Regierung Friedrich-Simons im Einverständnis mit dem ganzen Reichstage die Pariser Beschlüsse als undurchführbar zurückgewiesen, nachdem sie erklärt hatte, sie würde nach Eintritt der vertragswidrigen Sanktionen keine weiteren Vorschläge machen, mußte es überraschend wirken, daß Dr. Simons wenige Wochen darauf in der französischen Presse neue Vorschläge ankündigte. Die Ueberraschung hierüber war nirgends so groß wie im Auswärtigen Amt, wo man auf diesen Schritt des Chefs garnicht vorbereitet war und keine Idee vorarbeiten für neue Vorschläge gemacht hatte. Es kamen nun die Wochen der geheimen Beratungen im Kabinett, die unter dem Drucke ständig gesteigerter feindlicher Drohungen standen, und das Ergebnis waren die halben Reparationsvorschläge an die Entente — der Wiederaufbauplan — und die auf Gange gehende Bitte an Harding, das Schiedsgericht zu übernehmen, wobei bedingungslos Unterwerfung unter den Schiedsspruch zugesichert wurde.

Die selbstverständliche Antwort Hardings schien die Regierung wie eine vollständige Ueberrachung zu treffen. Es sollte sich jetzt heraus, daß die Regierung selbst in diesem

Post-Abonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung der „Danziger Volksstimme“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, bitten wir unsere Post-Abonnenten, das Abonnement für Mai bei dem zuständigen Postamt schon jetzt zu bestellen.

Verlag der „Danziger Volksstimme“.

Danziger Nachrichten.

Was hast du bisher für die Sozialdemokratische Partei getan?

Diese Frage ist für viele Genossen keineswegs überflüssig, sondern im Gegenteil sehr zeitgemäß. Ohne den Opfermut und die eifrige Betätigung ihrer Mitglieder kann keine Partei ihren Zielen näher kommen. Wir haben heute noch nicht die Massen, die notwendig sind, um den Sozialismus zu verwirklichen, deshalb heißt es, unsere Reihen zu stärken und die Scharen der geistigen und körperlichen Arbeiter um unsere Fahne zu sammeln. Alle die vielen „stillen“ Parteigenossen, die zwar ihre Parteipflicht im engen Sinn erfüllen, aber so gut wie nichts tun, um auch neue Kämpfer zu werben, müssen einmal aus sich herausgehen und mit werben für unsere Sache. Für jeden Genossen ist unter seinen Arbeitsbrüdern, Bekannten und Hausgenossen Gelegenheit gegeben, neue Parteimitglieder und neue Leser für die „Danziger Volksstimme“ zu gewinnen.

Vor allem auf dem stachen Lande muß die Arbeiterzeitung noch viel mehr Eingang in die Arbeiterheime finden. Die Parteiorganisation ist auf dem Lande im erfreulichen Wachsen begriffen, demgemäß muß auch die Zahl der Abonnenten der „Volksstimme“ zunehmen. Die Stärke der Arbeiterpresse ist der Maßstab für die Stärke des Einflusses

der Arbeiterschaft! Den besten Aufklärungsdienst leistet die „Volksstimme“. Täglich führt sie ihren Lesern die sozialistische Gedankenwelt und die politischen Notwendigkeiten vor Augen. Nur die Leser der Parteipresse werden zuverlässige Kämpfer werden. Deshalb muß die Parteiarbeit mit der Werbung für das Parteiorgan einhergehen.

Jedes Parteimitglied sollte bis zum 1. Mai einen neuen Leser für die „Volksstimme“ gewinnen. Damit ist der Partei ein außerordentlich großer Dienst geleistet. Deshalb: Auf zur Werbearbeit!

Warnung vor Eintritt in die französische Fremdenlegion.

In dem Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland den Franzosen auch das Recht zugestehen müssen, in Deutschland für die französische Fremdenlegion zu werben. Von diesem „Recht“ macht Frankreich den allerausgiebigsten Gebrauch, und die französischen Werber schrecken bei ihrer Tätigkeit nicht vor den unsaubersten Mitteln zurück. Mit besonderer Vorliebe wenden sie sich an Arbeitslose in jüngeren Jahren, denen man irgendeine lohnende Stellung im besetzten Gebiet in Aussicht stellt und sie daraufhin einen Vertrag unterschreiben läßt, der selbstverständlich in französischer Sprache abgefaßt ist und den daher die „Dummen“ Deutschen nicht lesen können. Bei der Ankunft im besetzten Gebiet erfahren dann erst die Betroffenen, was sie unterschrieben haben — aber dann ist es meist zu spät; dann läßt man sie nicht mehr aus den Fingern, sondern unter strenger militärischer Bewachung geht es nach Frankreich, und zwar auf kurzem Wege nach Marseille, wo die Einschiffung nach Marokko stattfindet. Nur wenigen der Angeworbenen ist — unter Lebensgefahr — noch im letzten Augenblick die Flucht gelungen.

Unkündige Franzosen selbst haben wiederholt die Fremdenlegion als eine „europäische Schande“ bezeichnet; und kein französischer Arbeiter geht freiwillig zur Fremdenlegion. Nur Verbrecher werden zwangsweise ihr eingeweiht. Den Deutschen, der sich für sie anwerben läßt, erwartet dort die Hölle in des Wortes schlimmster Bedeutung: ein mörderisches Klima und ein grauamer, unerbittlicher Gelehrter; dazu eine Behandlung durch die französischen Vorposten, gegen die die des „schneidigsten“ preussischen Unteroffiziers alten Stils eine Abhilfe war.

Obwohl es deutsche Arbeiter sind, die allein noch in größerer Anzahl — wenn auch aus Unkenntnis oder unter betrügerischen Vorwänden — und unter Schutzlosigkeit des Alkohol — sich bereitfinden, für den französischen Imperialismus ihre Knochen in der afrikanischen Wüste zu opfern zu

lassen, so müssen sie es sich doch gefallen lassen, jetzt noch mehr denn je dort als „der Boche“ behandelt zu werden.

Es ist dringend zu wünschen, daß alle gewerkschaftlichen Funktionäre es sich angelegen sein lassen, möglichst oft und möglichst dringend auf die Gefahren der Werbung für die französische Fremdenlegion hinzuweisen. Im besonderen ist auch darauf zu warnen, daß irgendein Arbeiter Verträge in fremder Sprache unterschreibt, ohne sich vorher an vertrauenswürdiger Stelle vergewissern zu haben, was darin steht und ob die Stellen, für die sie angenommen werden, auch tatsächlich vorhanden sind.

Vielleicht würde die Unverfrorenheit der Werber — es sind leider auch deutsche Kreaturen darunter — sich etwas legen, wenn solchen Subjekten gelegentlich in möglichst undiplomatischer Sprache zu Gemüte geführt würde, daß deutsche Arbeiter zu gut dazu sind, für die französischen Kolonialritter ihre Knochen in afrikanischem Wüstenland verkümmern und verwehen zu lassen.

Kirchenaustritt und Beerdigungsrecht.

Bei der erheblichen staatlichen Steuerbelastung wie auch mit dem Umsichgreifen der weltlichen Lebensauffassungen entläßt bei vielen Leuten der Wunsch, aus der Kirche auszutreten. Bedenklich erscheint bei einem Kirchenaustritt nur die Frage, ob ihren Angehörigen und Hinterbliebenen hinsichtlich der Beerdigung nicht dann etwa Schwierigkeiten gemacht werden können. Dieses Bedenken ist unbegründet. Die Rechtslage ist folgendermaßen:

Nach Artikel 133 des Einführungsgesetzbuches zum Bürgerlichen Gesetzbuch bleiben die Vorschriften über das Recht zur Benutzung eines Plazes auf einer öffentlichen Begräbnisstätte unberührt. Es kommen demgemäß die Bestimmungen des Allgemeinen preussischen Landrechts, Teil II, Tit. 11, § 183 ff. in Frage. Man muß nun unterscheiden, ob der Begräbnisplatz im Eigentum der politischen Gemeinde (Stadt, Dorf usw.) oder einer Kirchengemeinde steht.

Ist die politische Gemeinde Eigentümerin des Begräbnisplatzes, was sehr selten der Fall zu sein pflegt, so hat ein jedes Gemeindeglied ein Recht auf Benutzung eines öffentlichen Begräbnisplatzes. Das Reichsgericht hat in einer alten Entscheidung die Frage offen gelassen, ob dieses Recht von Gemeindegliedern im ordentlichen Rechtswege, d. h. vor den Zivilgerichten, geltend gemacht werden kann. Jedenfalls ist dieser Anspruch im Verwaltungsrechtsweg ganz sicher vorzubringen. Es wird also auf Grund des preussischen Zuständigkeitsgesetzes bei Verweigerung eines Begräbnis-

Genossinnen!
Genossen!
Arbeiter!
Angestellte!
Gewerkschaftler!

Werbt für eine geschlossene und
machtvolle Kundgebung!

1. Mai
1921

Näheres im Anzeigenteil!

Der Sternsteinhof.

Eine Vorgeschichte von Ludwig Angenruber.

(Fortsetzung.)

„Fall mir mit ein zu leugnen.“
„Froh gewesen wärst!“
„Das wäre ich auch, ich mag es ja hipt ganz ungeschickt eingestehen, wo mer mir mehr darau liegt.“
„Es läge dir mir mehr daran?“
„Nein. Ich will anderswo hinaus mit der Frau. Der reiche Produzentenhändler von der Kreisstadt war schon paarmal bei uns und hat angehoben, so dergleichen zu reden. No und Bäuerin muß sie ja lust mit sein.“
„Der Produzentenhändler sagst? Da is ja a alter Schuppel.“
„Jung is er unner, aber was is dabei? Ich habe mein Kind anders zogen, wie andere Leute das ihare. Wann ich sage: Sali, du heiratet den Großhutt! So heiratet sie ihn!“
„Meinstest es deinem Kind gut! Wäre a Partie, mit dō vielen Weiber!“
„Ei, du mein, weil wir es etwa christlich so viel genau nehmen mit der einen Einzigen!“
„Du taugetst ja zu einem Türken.“
„Beileibe, ich bin zu mager, dōß kein lauter Ausgestreckter: du du gädest so einen rechten Hallawachsel ab.“
„Käsbiermarte!“
„Was denn, Sternsteinhofer?“
„Es war allerdings an dem Tisch recht lustig geworden, aber dem Käsbiermarte stand kein heller Tropfen an der Stirne, geschweige denn Blut.“
Der Sternsteinhofbauer kreuzte sein Glas auf einen Zug, dann blinzte er den am Tisch sitzenden mit zusammengekniffenen Augen an: „Paßt auf, wie ich ihm es heimgebe!“
„Ich höre wohl schlecht?“ spöttelte er. „Oder hat er wothin wirklich vom Kinderzehen geredet. Was hat er denn zogen? A Frau. Wann mer so a Kaiserl anschreit, fällt es ehe gleich in die Frack. Das is keine Kunst. Doch er sich da noch zu reden trauf gegen einen, der Bubenzichen versteht!“
„Wie sich gewiesen hat vor drei Jahren.“
„Dōß hat sich es auch, ich habe ihm den Daum gehörig auf das Auge gedrückt.“
„Ja und dabei is ihm mit nur das Auge, auch die Hosen blau worden.“
„Du wilst ja gar nit, du Hosenlopp, daß ich damals zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen habe! Ihn habe ich einer Dummheit aus dem Wege geschickt und vor dir habe ich mir Ruhe gelascht. Ich du mer nit allweil vom in die Ausnahm gehen vorredet.“
Der Käsbiermarte lachte freundlich den Mund. „Du zwei Hosenlopp, du isst gelien, aber patiert hat er du.“

„Käsbiermarte!“
„Was denn? Braucht nit so unnie zu lügen nach dem Pubertät.“ Er ist nit dort, läche er dort, hätte ich es doch nit beredet vor seiner. Aber dabei bleibe ich, er patiert nit. Schaffe du ihm hipt, was du damals, er sagt dir wieder: nein!“
„Schleicht schon auf der alten Fährte der Juds,“ murmelte der Sternsteinhofbauer vor sich hin.
„Muß dich nit befehlen,“ fuhr der Range fort. „Aber jede Weite halte ich dir dadrauf!“
„Du bist einer, der was verwickelt, was sehest denn ein?“
„Waine zwei Braune, wie sie draußen vor dem Wagen stehen, gegen deine maagerte Kuh.“
„Du bist a Narr! So heilte als was, hätte ich dō noch heute hinter meinem Wagerl am Halkter.“
„Ich stehe dir dafür, daß sie im Geschirr bleiben!“
„Dōß bleiben sie ja so wie so,“ schrie einer am Tisch. „Du hast ja beim Wetterbet abgebet, wie sie draußen vor dem Wagen stehen und vor dem Wagen stehen sie im Geschirr.“
„Freilich,“ pflichteten mehrere bei, „das Geschirr wäre mitverspielt!“
Der Sternsteinhofbauer sprach über die Wiesel nach dem Käsbiermarte. „No, wie wird dir denn? Traust dich noch?“
„Ich bleibe bei meinem Pot.“
„Es gilt!“
„Beide schlugen ein.“
„Gollah! A Wette!“ Alle Krüge trommelten auf der Tischplatte. „Geh, Wirt, jetzt schau! vom Boden ein, der Wetthalter, was gewinnt, zahlt alles und die Zeugenschaft braucht a Anfechtung! Der Anerzhuber macht den Schiedsrichter und bringt die Sade ins Klare!“
Der mit solchem Geschwätz zur Hand am Tisch stehenden Erhabene war keineswegs ein imponierendes Persönlichkeits, schon der Name kennzeichnete ihn für den Kundigen als das gerade Gegenteil einer solchen; denn er hieß eigentlich Isachtrög „Huber“, mußte sich aber, wie unter Waisen jeder einer größeren Kameradschaft Angehörige, einen auszeichnenden Zusatz gefallen lassen, der seine war die Vorstufe „Anerzh“, welche auf einen im Wachstum arg zurückgebliebenen Menschen hindeutet. Doch Mutter Natur gleich gewöhnlich ihrer kleinen Ungrachtigkeiten selbst aus, besonders, wenn man ihr dabei vernünftig an die Hand geht; Anerzhuber reichte zwar an keinen, wie sie da um den Tisch saßen, heran, aber an Umfang übertraf er jeden.
Der kleine fugehrunde Mann erhob sich, was immer, außer für die Jungstehenden, ein Geheimnis blieb, denn bei seinen äußerst kurzen, etwas främenen Beinen, sah er im Stehen nicht um ein Haar höher aus wie im Sitzen. Mit dünner zwitschernder Stimme tat er die Frage über den Tisch: „Niddann was soll es gelten?“
Der Sternsteinhofbauer antwortete: „Käsbiermarte! zwei Braune, wie sie draußen vor dem Wagen stehen, gegen a Kuh aus

„Die maagerte,“ setzte der Martel hinzu.
„Und was is krittig?“ zwitscherte Anerzhuber.
„Es is Käsbiermarte! Meinung,“ erklärte der Sternsteinhofer, „daß ich meines Bubens nit Herr wäre und daß der sich weigern würde, wann ich ihm schaffe, daß er dem da seine Sali zum Weib nimmi. Herentzogen behauptet aber ich, daß der Toni gegen meinen Willen nit mußt! Verstanden?“
„No freilich, wohl, wohl, dōß is einfach,“ murmelten alle.
Ein Bauer stand auf und schob den Stuhl zurück.
„Wohin denn? Wohin denn?“ quakte Anerzhuber.
„Nun, den Toni halt mer, fragt ihn, der sagt ja oder nein und dō Geschicht is im Handumfrehen ausgemacht.“
Der kleine Mann nies mit dem ausgestreckten rechten Arme auf den verlassenen Sessel hin. „Sich nieder, sihe nur wieder nieder, sage ich! Manner, auf den ersten Augenschein nimmi dich freilich die Sali aus, als könnte da vom Fled weg der eine die Kuh mit ihm fortführen, oder der andere hingehen und die Kuh heimtreiben; aber doch is es a ganz verwickelte Weite. Freilich, sagt der Tobe: Nein, dann hätte der Sternsteinhofer verspielt, aber wann hätte derselbe gewonnen? Denn dadermit, daß der Toni: Ja sagt, is noch nit erwiesen; seinen kindlichen Respekt und Gehorsam zu bezeigen, mußte er auch danach tun, sonst wäre ja sein Ja, nicht ja, und darum könnten erst nach seiner Hochzeit mit der Sali — und früher nit — dem Sternsteinhofer dō zwei Bräumerl ausgefolgt werden.“
„Anfann,“ murkte der Sternsteinhofer, aber die andern alle klopften sich einberständlich zu und der Käsbiermarte blinzte vor sich hin mit der stillbegnügten Miene eines Mannes, dessen Sache sich ganz nach Erwarten anläßt. Er vermied es, seinen Nachbar anzusehen.
„Sollte aber den beiden Wetthaltern daran gelegen sein,“ hob der Anerzhuber wieder an, „daß die Sade ihren Austrag findet, bevor sie sich da von den Sihen heben, so hätte ich einen Vorschlag zu machen.“
„So rede,“ schrie der eine.
„Sich hören,“ murmelte der andere.
„Wann sich dō zwei Wadern die Hände darauf geben, daß sie ihare Kinder nach einer bestimmten Zeit wollen Hochzeit machen lassen — es muß aber a menschenwürdige Zeit sein mit der genauen Angabe von Jahr und Tag — so soll das als a ehelicher Verspruch gelten und wann der Tobe mit der Sade und auch mit der Zeit einverstanden is, so steht nimmer nit entgegen, daß der Sternsteinhofer den Wettpreis an der Stelle von da mit fort nimmi.“ Das kleine Mädel schlug bekräftigend in den Tisch, dann setzte es sich nieder — was, wie bemerkt, seinem Ansehen keinen Eintrag tat — und gönnte den beiden Gegnern Zeit zur Ueberlegung.
Die Wetthalter murmelten beifällig.

plagen auf einer der politischen Gemeinde gebhörigen Friedhöfe an den Gemeindevorstand Beschwerde einzulegen und dann bei Abweisung evtl. Verwaltungsinstanz vor dem Kreisbezugs Bezirksausschuß zu erheben sein.

Steht der Beirath im Eigentum der Kirchengemeinde, was in Preußen meistens der Fall zu sein pflegt, so sind auf Grund der oben angegebenen Bestimmungen des Gesetzes von 1875 die Kirchengemeinden verpflichtet, sich nach anderen Kirchenordnungen, die keine Begräbnisstellen haben, sondern nach der Auslegung der Rechte auch diejenigen, die aus der Kirche ausgetreten sind, einen Begräbnisplatz zu verschaffen. Wenn sich aber den Kirchenordnungen der aus der Kirche Ausgetretenen auf Grund des Allgemeinen Landrechts keine Empfehlung können, in diesem Fall einen Anspruch auf Begräbnisplätze vor dem ordentlichen oder dem Verwaltungsgericht geltend zu machen. Folglich muß jede Kirche, welche empfangen werden müssen, wenn die Kirche auf die Begräbnisplätze im Falle der Abwesenheit der Begräbnisstellen von Preußen Sorge zu tragen. Es wird also, falls kein Gemeindevorstand besteht, auf Begräbnisplätze der Kirche, die die Begräbnisstellen haben, um die Begräbnisplätze der aus der Kirche Ausgetretenen zu verschaffen.

Die politischen Gemeinden und die Kirchengemeinden in Preußen, die Begräbnisplätze haben, haben den Bestimmungen nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts von 1875, die kirchlichen Begräbnisplätze zu erhalten. Sie müssen ihnen eine angemessene Begräbnisplätze verschaffen. Dürfen nicht etwa mit Rücksicht auf kirchliche Ausstritt bei dem Begräbnis irgendwelche Schwierigkeiten machen. Um insbesondere nicht eine minderwertige Stelle anzunehmen. Auch hat das preussische Oberverwaltungsgericht ausgeprochen, daß sowohl die kirchliche als die Kirchengemeinden nicht gehindert sind, allgemeine Anordnungen bei Ausstellung von Begräbnisstellen zu treffen, als sie für die Kirche und aus der Kirche Ausgetretene einen bestimmten Teil des Kirchhofes zur Verfügung stellen. Eine Reihe von kirchlichen Gemeinden gestattet freiwillig angemessene Begräbniszeremonien. Die politischen Gemeinden sind zur Erlaubniserteilung für solche Forderungen auf ihren Kirchhöfen sogar verpflichtet. In jedem Fall werden sowohl die politischen als die Kirchengemeinden bei Abweisung von Begräbnisstellen an Verwaltungsinstanz und aus der Kirche Ausgetretene sich nach dem alten Gesetz zu richten haben, wannam dabei die weitgehendste Toleranz zu beachten ist.

Aus den Gerichtssälen.

Verkaufte Schiffsüberbrückung beim Küsterverkauf. Der Landwirt Herr A. in Bismarck besaß in Danzig im Jahre 1919 ein Boot, das er für 1000 Mark und wollte sich durch Verkauf desselben einen Teil der Schulden bezahlen.

Mindestwertiges Waldmittel. Der dem Schöffengericht hatte der Angeklagte Herr A. in Danzig wegen Verstoßes gegen die Bestimmungen des Gesetzes über die Mindestwertigkeit von Waldmitteln, die für die Zwecke der Jagd bestimmt sind, eine Strafe von 100 Mark erhalten.

Vertrieb im Schiffsverkehr. Der Küster Herr A. in Danzig hatte ein Boot, das er für 1000 Mark und wollte sich durch Verkauf desselben einen Teil der Schulden bezahlen.

Die erste Weltumsegelung.

Im Magalhães 400. Todestag am 27. April.

Von Dr. Hans Rabben.

Das muß vor 150 Jahren schon über eine große Zahl gewesen sein: denn sie bracht Umwälzungen deren Auswirkungen wir heute erst erleben. Die Welt Herrschaft Roms über das gesamte Weltreich erschütterte und gestürzt. Sie lenkte die Aufmerksamkeit der Menschheit auf die Welt und übertrug sie von Rom nach Osten. Aber auch die weltliche Macht bekam einen argen Stoß. Luther schlug seine 95 Thesen an, ward in Rom und Wien gelesen, aber er war doch nicht gehört und gegen die Jahrhunderte eine Verleumdung, wie sie alle die „Schöpfung“ in der Geschichte nicht erfahren. Er trat vor die Schwelger Roms und Germaniens, wie sie auf dem Reichstag zu Worms versammelt waren, als ein Mann ganz ohne äußere Macht und ohne Schutzwehr, und was heute als Sieger über die Mächte der Welt wohl genannt und verehrt, und doch geküßt, gelehrt und geschätzt. Der von der Kirche verlangte unbedingte Gehorsam war gebrochen und es trat eine neue Freiheit des Denkens in christlichen und heidnischen Nationen ein.

Ein anderer, Kepler, ergänzte alle bisherigen Anschauung über unser Weltsystem. Er stellte den Lehrling auf, daß die Sonne im Mittelpunkt stehe und die Erde mit den anderen Planeten um sie kreibe. Nach wurde war die neue Lehre nur als Hypothese angegeben, um der Kirche keinen allzu großen Schmerz zu verursachen. Aber Kepler's Licht vertrat keine Entdeckung mit jenen mathematischen Sätzen, daß sie nicht nicht wackrig sein werden konnte. Obwohl dem Vorsteher Kepler wurde sein Werk ein Jahrhundert später am Ende gelassen und erst im 18. Jahrhundert freigegeben. Das Universalgenie Leonardo da Vinci verstand die Anatomie und wachte es als erster, den Leib des Menschen zu zerlegen und in das Innere zu sehen und es zu studieren. Und Christoph Columbus legte die Weltkarte der Amerikaner den Welt in einer der gewaltigsten Umwälzungen, die wir in der Geschichte zu verzeichnen haben. Er gab dem Weltverkehr und dem Weltverkehr die Grundlage in der neuen Welt. Er war der Begründer der Weltverkehr, der die Welt und was so ist.

Aus dem deutschen Osten.

Von der Grenzregulierung im Kreise Rosenberg.

Bei der Grenzregulierung im Kreise Rosenberg sind bekanntlich einige Gebiete an Deutschland gefallen, deren Hebergabe in Verbindung mit dem Gebietsaustausch für den 20. April vorgelassen war. Obwohl der Landratsamtsverwalter des Kreises Rosenberg, Herr Dr. Friedberg, zur Vermittlung einzelner Schwierigkeiten mit den Polen der beide in Frage kommenden polnischen Kreise ein Vermittlungsabkommen verabredet hatte, um jedweden unangenehmen Zwischenfall zu vermeiden, brachen in der Nacht vom 19. zum 20. angebliche Verhaftungen eines anderen Staats in die an Deutschland abzugehenden Wirtschaften ein und es trat ein unter dem Vorwand der Steuererhebung Geld Raub und allerlei Ungehörigkeiten im Gesamtwerte von 1,3 Millionen polnischen Mark. Als Gegenmaßregel wurde auf Anordnung des Landratsamtsverwalters in Rosenberg nach in den letzten Minuten vor der Räumung der an Polen abzutretenden Gebiete auch von dort alles Vieh auf die deutsche Seite abgeführt. Dieses energische Vorgehen blieb nicht ohne Gegenwirkung. Von polnischer Seite wurde der Wunsch ausgesprochen, die Sache gütlich beizulegen, so daß am 21. April in Konradswalde ein einträgliches Abkommen getroffen und die gegenseitige Rückgabe zum Zug sofort eingeleitet werden konnte. Die feierliche Uebernahme der betretenen Gebiete fand am Nachmittag des 20. April unter außerordentlicher Teilnahme der Bevölkerung durch den kommissarischen Landrat statt und gestaltete sich zu einer prachtvollen Kundgebung für das Deutschthum.

Das Abkommen über den Durchgangsverkehr unterzeichnet. Nach Mitteilung der Pressestelle des Oberpräsidenten in Königsberg ist nunmehr das nach langwierigen Verhandlungen getroffene Abkommen über den Durchgangsverkehr zwischen Preußen und dem übrigen Deutschland am 21. April in Paris unterzeichnet worden; die vorgeschriebene Ratifikation wird in zwei Monaten erfolgt sein. Ueber die Einzelheiten dieses für die Entwicklung Ostpreußens so überaus bedeutsamen Wertes werden alsdann nähere Mitteilungen gegeben werden können, nachdem schon letzthin die Grundzüge der Öffentlichkeit mitgeteilt wurden. Auf jeden Fall kann es für die ostpreussischen Interessen als durchaus erfreulich begrüßt werden, daß diese überaus schwierige Frage nunmehr endlich zur Erledigung gelangt ist.

Der verkürzte Ostkanal. Im Mai 1920 ist von mehreren angelegenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Provinz Ostpreußen der Ausbau des Oberländischen Kanals beschlossen worden. Er ist gegenwärtig nur für Schiffe bis 60 Tonnen Ladegewicht benutzbar und genügt nicht im entferntesten mehr dem gemachten Verkehr, zumal nach Ausbildung der Provinz Westpreußen vom preussischen Staate. Der Ausbau soll nicht zu sehr in die Länge gezogen werden. Bereits in der ersten Julihälfte 1920 hatte der Minister für öffentliche Arbeiten das Wasserbauamt zu Osterode beauftragt, einen Kostenschlag für die Vorarbeiten herzustellen, die sich zunächst auf den Ausbau der schon bestehenden oberländischen Wasserstraßen und ihre Verlängerung bis Allenstein beschränken. Es ist kaum anzunehmen, daß sich der Ausbau des neuen Schiffahrtsweges wegen Mangel an Geld verzögern wird. Bei der herrschenden Arbeitslosigkeit wird die Ausführung der Kanalarbeiten vielleicht zur gebieterischen Notwendigkeit werden. Bereits 1912 erließen von Bauart Chiers, Professor an der Technischen Hochschule zu Danzig, der Entwurf eines Kanals von der Weichsel nach den Naturischen Seen. Dieser Ostkanal sollte etwa unterhalb Thorn von der Weichsel längs der Thorn-Insterburger Bahn bis Deutsch-Eylau führen und

in einem Bogen mehrere oberländische Seen einschließen, um dann über Allenstein nach den Naturischen Seen zu verlaufen. Dieser großzügige Kanal wäre zweifellos eine nutzbringende Wasserstraße geworden; aber im Abgeordnetenhaus erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß die dafür aufzuwendenden Kosten mit dem zu erwartenden Nutzen in keinem richtigen Verhältnis ständen; so ist es vom Ostkanal still geworden. Nun zwingt aber die „Weichselfrage“ erneut zur Prüfung der geplanten Wasserstraße. Wenn die gegenwärtige Zeit auch nicht dazu angetan ist, den Bau des ganzen Ostkanals in Erwägung zu ziehen, so könnte doch durch den Bau der Strecke etwa von Liebenmühl bis Allenstein der Anfang gemacht werden. Diese Strecke müßte fast durchgehend neu geschaffen werden, weil hier weder schiffbare Flüsse, noch größere Seen vorhanden sind. Selbstredend müßte diese Kanalstrecke für größere Fahrzeuge erbaut werden. Mit der Befahrbarkeit für Fahrzeuge bis 200 Tonnen Ladefähigkeit wie beim Naturischen Kanal wären die Schiffsverkehrsleute nicht einverstanden. An Hand der bereits vorliegenden Entwürfe wird hoffentlich ein einwandfreier Bauplan für die Leitstrecke entstehen, dessen Ausführung glatt vor sich gehen dürfte.

Aus aller Welt.

Blutlat eines Sadisten. Vor einigen Tagen wurde an der 19-jährigen Anni Reuten aus Charlottenburg in der Nähe des Kreidabades Wannsee ein Verbrechen ausgeübt, das noch recht unauferleglich ist. Die Ueberfallene konnte im Krankenhause Lichterfelde nur kurz vernehmen werden, da ihre Verletzungen so schwer sind, daß die Ärzte zweifeln, sie am Leben erhalten zu können. Etliche in den Kopf haben an der linken Seite das Gehirn bloßgelegt. Die linke Hand, mit der das Mädchen den Ueberfallener abwehren wollte, ist ganz zertrümmert. Nicht nur Fleisch und Sehne, sondern auch die Knochen sind zerlegt. Nach dem Ergebnis der kurzen Vernehmung handelt es sich um die Tat eines Sadisten, der in krankhafter Leidenschaft Blindlings auf das Mädchen einschloß. Das Berliner Polizeipräsidium hat zur Ergründung des Täters eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt. Im Laufe des Gesprächs mit dem Mädchen erzählte der Täter, daß er auf Kügel geübt und als Schiffer weite Reisen über See gemacht habe und während des Krieges bei der Marine eingezogen gewesen sei. Als er dem Mädchen gegenüber zudringlich und von diesem abgewiesen wurde, verübte er das Messerkantentat. Es muß zwischen dem Täter und seinem Opfer ein harter Kampf stattgefunden haben. In der großen Wutlache wurden noch Teile der zerbrochenen Kammgarnitur des Mädchens gefunden. Das Messerwerkzeug muß nach dem Gutachten der Ärzte entweder ein Nadelmesser oder ein feststehendes Messer gewesen sein. Die Schwerverletzte hat sich, nachdem sie die Besinnung wieder erlangt hatte, noch etwa 30 Schritte weit nach einem in der Nähe einer Schöpfung vorbeiführenden Fußweg geschleppt, ist dann aber wieder zusammengebrochen. Auch dort zeigt noch eine große Wutlache die Stelle, auf der die Ueberfallene gelegen hat. Von Leuten, die auf dem Wege von Schwaneberg nach dem Bahnhof Nikolassee dort vorbeikamen, wurde sie dann aufgefunden.

Die stehenden Heere der Kontinentalmächte. Der britische Kriegsminister veröffentlicht eine Mitteilung über die Größe der Heere der Länder auf dem Kontinent. Danach habe Österreich 30.000, Belgien 105.000, Bulgarien 33.000, die Tschechoslowakei 147.000, Dänemark 15.400, Finnland 35.000, Frankreich 509.000, Deutschland 190.000, Griechenland etwa 250.000, Ungarn 35.000, Italien 300.000, Holland 21.400, Norwegen 15.000, Polen etwa 600.000, Portugal 30.000, Rumänien 160.000, Spanien 190.715, Schweden 56.200, der serbisch-kroatisch-slowenische Staat 200.000 Mann. Nach dieser Statistik verfügen Frankreich und Polen über die größten stehenden Heere.

Ueber der Weltproduktion, des Massenabfluges, des internationalen Austausches der Güter. Das Meer verlor seine Schrecken und wurde den Menschen dienlich.

Einem Gütertausch über See hat es freilich schon im Altertum gegeben, und der Kampf um den Seehandel und die Handelsplätze hat, wie auch heute, die blutigsten Opfer gefordert. Der Schauplatz dieses alten Handels waren Indien und das Mittelmeer, und die Geschichte der Länder am Mittelmeer ist eine Kette von Kriegen, Eroberungen und Verstörungen, die für ihre Zeit so gewaltig und erschütternd waren wie im Weltkrieg. Aber was alle Kriegshandlungen und alle gewaltigen Bedrückungen nicht vermocht hatten, den alten Handelsvölkern, Phönizier, Ägypter, Griechen, Italiener, den Weltverkehr zu entziehen, das vermochte allein die Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Ostindien, eine Weltrevolution von ungeheurer Wirkung. Blühende Reiche verfielen, stolze Völkerstämme verarmten und zehren noch heute von ihrem einstigen Ruhm, der uns fast nur noch wie eine schöne Sage erklingt. An die Stelle der alten Völker traten jetzt Portugiesen und Spanier, die wieder von Holland und England abgelöst wurden. Ostindien, Sevilla, Amsterdam, Brügge, London werden nacheinander die Hauptstapelplätze, und der Atlantische Ozean wurde zum Hauptstapelplatz des Weltverkehrs. Hier brandet von nun an die Hochflut des internationalen Warenverkehrs.

Columbus, in der Absicht, einen Seeweg nach Ostindien zu finden und von den märchenhaften Reichthümern dieses Landes heimzubolen, segelte westwärts und schuf mit seinem fahnen Unternehmen den Anlaß für das spanische Weltreich. Was Columbus glaubte, auf seiner Fahrt nach Westen christlichen Boden zu haben, das sollte erst einer Flotte von 1492 unter dem Portugiesen Fernando de Magalhães mit fünf Schiffen und 235 Mann ausfallen. Am 12. Januar 1492 erreichte dieses Unternehmen die Mündung des Rio Plata. Was Columbus, hatte auch er Schwierigkeiten mit den Mannschaften zu überstehen, zog ein Südland herauf durch die nach ihm benannte Meerestraße zwischen dem Festland und der Insel Feuerland, durchquerte den von ihm so bezeichneten Stillen Ozean und gelangte zu den Philippinen. Damit hatte er das fähne Wagnis vollbracht, zu dem die Erde zu unklar war und er hatte es vollbracht, was er wollte, indem er während der Ausgange-

punkt seiner Reise zurückgekehrt, wäre er nicht in einem Kampfe mit den Bewohnern der Insel Matan gefallen. Ohne dies tragische Geschick trüge er mit Recht den Namen des ersten Weltumsegelers. Doch gebührt ihm die Ehre, ein Unternehmen begonnen und entscheidend durchgeführt zu haben, das an Kühnheit bisher ohnegleichen war, und seine Entschlußkraft und sein Wagemut waren es allein, die seine Idee durch das von ihm gegebene Beispiel auch vollendeten. So eignete sich Sebastian del Cano den Ruhm an, da er mit dem letzten der fünf Schiffe fast genau drei Jahre nach der Ausfahrt im gleichen Heimathafen wieder eintraf und allen Verdienst nunmehr für sich in Anspruch nahm.

Was Columbus eigentlich im Sinn hatte, es erreicht zu haben auch geglaubt hatte, wurde dreißig Jahre später durch Magalhães durchgeführt, wenn auch nicht persönlich von ihm zu Ende gebracht, so doch im Sinne seiner kühnen Entschlossenheit. Und hatte die Entdeckungsfahrt auch drei Jahre gebraucht — für heutige Begriffe eine lange Dauer für eine Fahrt um die Erde — der Grund war gelegt für das spanische Weltreich, der Untergang der alten Handelsvölker war besiegelt. Der Verkehrsweg zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean war gefunden worden. Und wenn hierfür auch die Fahrt durch die Magalhãesstraße wegen der heftigen Westwinde aufgegeben werden war und der größeren Sicherheit wegen der Umweg über Kap Horn gewählt wurde, so wurde doch mit Ausnahme der Dampfschiffahrt wieder der Weg durch die Magalhãesstraße gewählt und der Plan des Christoph Columbus wurde erst durch das weitere Unternehmen des Magalhães durchgeführt. Wir wollen das Verdienst des einen nicht zugunsten des anderen schmälern, nur soll am 400. Todestag seines tragischen Endes dieser wagemutige Entdecker und Weltumsegler nicht vergessen sein und nach Gebühr gewürdigt werden. Was gekommen war, das wäre früher oder später auch ohne sie erreicht worden. Auch ohne Columbus und Magalhães wäre Amerika und das Meer nicht das große Unbekannte geblieben. Der ewig vorwärtsstrebende Menschengeist gibt sich nicht zufrieden, bleibt nicht am Boden haften, und unsere wirtschaftliche Entwicklung, wie der Strom der abenteuerlustigen Auswanderer hätte schon am Ende der Dampfschiffahrt ins Freie gefunden.

Danziger Nachrichten.

Genossenschafts-Neubauten auf dem Trost.

Die Danziger Bau- und Siedlungs-Genossenschaft hat zu gestern mittag Vertreter der Danziger Presse zu einer Besichtigung der Neubauten Wohnungskolonie II auf dem Trost, nahe der Eisenbahnhauptverkehrsstation, eingeladen. Die Wohnungskolonie Trost I ist im Jahre 1916/17 mit 96 Wohnungen (darunter 90 Zweizimmerwohnungen) errichtet worden. Im Jahre 1917/18 wurde mit der Projektierung der Kolonie Trost II und III begonnen, die zusammen 208 kleine Wohnungen vorsehen. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verzögerten aber die Ausführung. Geplant war, die Häuser der neuen Kolonien ebenfalls dreigeschossig herzustellen. Die Danziger Behörden genehmigten jedoch nur den Bau von 2 Geschossen. Auf Verlangen der Berliner Regierungsstellen mußte jedoch der Ausbau der Dachgeschosse neu in den Plan aufgenommen werden. Durch Bewilligung der staatlichen Liebessteuerzuschüsse konnte dann im Juni 1920 mit dem Bau der Kolonie Trost II begonnen werden. Diese besteht aus 7 Baublöcken mit zusammen 108 Wohnungen und 2 Bädern (Erdreich und Fließwasser). Es sind durchgängig 2-Zimmer-Wohnungen mit Küche, Abort, Speisekammer, Korridor, Keller- und Bodengelaß. Die Celex der Räume sind auch als Wärmespeicher eingerichtet, so daß diese als sogenannte Wohnküchen angeprochen werden können. Durch die Nichtbewilligung des dritten Geschosses und den später angeordneten Ausbau des Dachgeschosses sind die Siedelwohnungen etwas brenger, jedoch sind sie trotzdem gleich den anderen Wohnungen luftig und sonnig. Anschluß an Kanalisation, Wasserleitung, Gasnetz und elektrische Beleuchtung ist vorhanden. Die Wohnungen, wie der Gesamtbau machen einen freundlichen Eindruck. Die Verfertigung erfolgte nach den vereinfachten, baupolizeilichen Vorschriften, trotzdem stellt sich das gesamte Bauprojekt auf 744 Mill. Mark. Die Herstellung der Kolonie I erforderte seinerzeit 700 000 Mark. Die Verteuerung liegt weniger in den gestiegenen Löhnen der Arbeiter als besonders in den exorbitant erhöhten Materialpreisen. Die Baukosten für eine Wohnung betrugen sich auf circa 7000 Mark, was für 1 Kubikmeter Raum etwa 288 Mark beträgt. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die kostspielige Fundamentierung. Die Werte der 2-Zimmer-Wohnungen entspricht den üblichen Preisen und beträgt ohne Nebenkosten monatlich etwa 42 Mark. Von den Baukosten sind 1/3 durch die städtische Wohnungsüberbauungsbehörde gedeckt. Den Rest hat die Genossenschaft aufgebracht. Zurzeit sind 40 Wohnungen fertig und bereits bezogen. Die weiteren 68 Wohnungen werden bis Juli 1921 fertiggestellt sein. Falls die Mittel bewilligt werden, soll sofort an die Errichtung des fertig vorliegenden Projektes Trost III mit weiteren 95 Wohnungen herangegangen werden. Die Fertigstellung der Projektierung und Bauleitung lag in Händen des Architekten Gräber, Danzig (W. D. N.). Circa 100 Arbeiter hatten während des ganzen Jahres laufend mit der Fertigstellung der Bauten zu tun. Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit, die beiden Schreckgespenster unseres Wirtschaftslebens sind, wenn auch im kleinen Maße, durch den Bau etwas gelindert. Sowohl von der Bauleitung wie auch vom Aufsichtsrat, die gestern die Führung leiteten, wurde besonders hervorgehoben, daß die Arbeiter und Handwerker mit anerkanntem Fleiß und Arbeitsfreudigkeit tätig waren.

Eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung findet am Freitag, den 29. April, nachmittags 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stehen: 1. Antrag von Stadtverordneten, betr. Förderung von tüchtigen Mittelschülern. 2. Anfrage von Stadtverordneten, betr. Verkehrsverhältnisse von Neufahrwasser, Westerplatte, Weichselmünde und Laurenta. 3. Auflösung des Verhams wegen verlustbringender Geschäftsführung. 4. Nachbewilligung von Mitteln für Wohnhausbauten, Geschäftshäusern und einer Schule. 5. Nachbewilligung von Mitteln für eine Badeanstalt aus Ersparnissen beim Bau einer anderen Badeanstalt. 6. Bewilligung von Mitteln für die Restarbeiten an der Promenade auf dem Bischofsberg und für Anlegung eines Spielplatzes. 7. Erste Lesung des Haushaltsplans für 1921. Haushaltsplan der Kämmereiverwaltung für 1921. 8. Entlassung verschiedener Jahresrechnungen für 1914 bis 1919. 9. Fortsetzung der Quakerprüfung. 10. Berichterstattung des Petitions- (Eingaben-) Ausschusses. 11. Abschluß des Magistrats. Anschließend geheime Sitzung.

Mißstände im Hafenverkehr. Der Verein der Im- und Exporteure in Danzig hat zu einer öffentlichen Versammlung im Kaiserhof eingeladen, die unter dem Vorsitz des Fabrikanten Lütke und sich mit den Missständen im Hafen beschäftigte. Herr Werner, der Vertrauensmann dieser Organisation schilderte die Schwierigkeiten, die schon seitens der Reedereien bei Ankunft des Schiffes gemacht werden. So sei der Auslieferung eine besondere Eigenheit des Danziger Hafens. Neben die Bestimmungen des Konventionens setzen sich die Reederei häufig hinweg. Es herrscht im Hafen Mangel an Schuppen. Ankommende Schiffe löschen deshalb häufig in Leichter der Reederei, wodurch hohe Lagerungs- und Abfuhrkosten entstehen. Das Verfahren wird auch geübt, wenn der Empfänger selbst Escalator zur Verfügung stellt. Das Reederei durch Expeditionsgeschäfte machen, wurde als unlauterer Wettbewerb bezeichnet. Es besteht die Gefahr, daß der Schiffverkehr nach Bremen, Hamburg oder Stettin abgeleitet wird, weil dort günstigere Entladungsverhältnisse bestehen. Redner verlangte die öffentliche Bewirtschaftung der Schuppen an den Pöschelplätzen und eine Änderung der Pöschelplätze. Interessant war die Mitteilung, daß seit der Zeit, wo die Preise für einzelne Lebensmittel nicht mehr sprunghaft in die Höhe gehen, in diesen Schuppen Millionenwerte lagern, die in Erwartung höherer Preise zurückgehalten werden. Zur Abhilfe der Missstände stellte der Redner fünf Forderungen auf. In der Ansprache wurde Klage geführt über das Fehlen der Waggons und über das Monopol der Großspeditionen. Dr. Steiner betonte, daß die Schwierigkeiten entstanden sind, weil Danzig über Nacht zum Welthafen geworden ist. Eine Lösung dieser Frage müsse gefunden werden, weil sonst die Wettbewerbsfähigkeit Danzigs leide. Es wurde der Vorschlag gemacht, eine Kommission von 5 Kaufleuten zu wählen, die gemeinsam mit 3 Reedern und 3 Speditoren die Angelegenheit prüfen und für Abhilfe der Missstände Sorge tragen soll. Von kleineren Importeuren wurde gewünscht, daß die Kommission auch die Expeditionsgelöhnen in den Kreis ihrer Beratung einbezieht. Diese Forderung wurde von Herrn Dr. Gwald nachdrücklich erhoben. Zu Mitgliedern der Kommission wurden die Herren Kater, Müller, Visk, Janzen und Werner gewählt. — Daß der Verkehr im Hafen sich ordnungsgemäß vollzieht, liegt auch im Interesse der Verbraucher. Denn die durch unnötige Lagerung entstehenden Mehrkosten schlägt der Kaufmann selbstverständlich auf den Verkaufspreis der Ware. Warum man aber diese Vermehrung mit dem Thema: „Die Diebstähle im Hafen und ihr Beseitigung“ einberief, ist uns nicht recht erklärlich.

Unzulässige Inanspruchnahme der Erwerbslosenunterstützung. Ein Arbeiter hatte einen Antrag auf Erwerbslosenunterstützung gestellt, obwohl er bereits drei Tage vor Stellung seines Antrages sich bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse als arbeitsunfähig krank gemeldet hatte. Der Betrag wurde entdeckt und der Arbeiter von dem Schöffengericht zu 300 Mt. Geldstrafe bzw. 30 Tagen Gefängnis kostenpflichtig verurteilt. — Der Kaufmann Boleslaus Rogosta, Danzig, bezog Erwerbslosenunterstützung. Bei der Stellung des Antrages

auf Zahlung der Erwerbslosenunterstützung hat er verschwiegen, daß er Geschäfte betreibt und dadurch bedeutende Einnahmen hatte. Der Betrag wurde aufgedeckt und verurteilte ihn die Strafkammer des Landgerichts zu einer Geldstrafe von 600 Mt. entl. 60 Tagen Gefängnis.

Die „geregelte“ Geschäftsführung des Wohnungsamtes.

Es ist nicht allzu schwer begreiflich, daß die Wohnungsuchenden, die nun schon teilweise mehr als zwei Jahre auf Zuweisung einer Wohnung warten, nicht besonders gut auf das Wohnungsamt zu sprechen sind. Das Wohnungsamt mag an der Verdrängerung, die sich in vielen Fällen in der Öffentlichkeit Luft macht, im großen und ganzen unschuldig sein. Der gute Wille muß bei den außerordentlichen Verhältnissen eben sehr oft verlagern. Daß das Wohnungsamt aber mehrfach selbst Schuld an der Auslösung der Verdrängerung trägt, kann leider ebenfalls nicht bestritten werden. Wir haben das bereits des öfteren an Hand besonderer Fälle kritisiert. In der Geschäftsführung und bei den Entscheidungen des Wohnungsamtes mögen Vorkommnisse nicht so vermeiden sein, die dem Wohnungsamt vielleicht nicht so sehr als gerade den Beteiligten als außerordentliche Härte erscheinen müssen. Wenn aber im Wohnungsamt derart unzuverlässig durcheinander gearbeitet wird, wie es ein uns vorliegender Fall zeigt, kann sich das Wohnungsamt gewiß nicht wundern, wenn sein Ansehen in der Öffentlichkeit durch eigene Schuld auf den Nullpunkt sinkt. Ein Wohnungsuchender, der seit beinahe zwei Jahren in mehrmonatigen Zwischenräumen immer und immer wieder die Zuweisung einer Wohnung versprochen erhält, um dann stets wieder erneut vertröstelet zu werden, muß endlich, und wenn er noch so geduldig auf die Versprechungen des Amtes wartet, einmal an diesen Versprechungen genug haben. Seit Oktober 1919 ist der Mann, der einer 5köpfigen Familie vorsteht, beim Wohnungsamt gemeldet. Im Februar 1920 wurde er auf die Dringlichkeitsliste gesetzt, da die Familie mit den drei schulpflichtigen Kindern unmöglich noch weiter bei den Schwelgereitern klappten konnte, in deren Zweizimmerwohnung außerdem noch 2 Logiergäste unterzubringen sind. Im Juli 1920 erhielt der Wohnungsuchende dann endlich den Bescheid, daß nur noch 40 Lebensgenossen vor ihm wären und daß er in etwa 6 Wochen auf die Zuweisung einer Wohnung rechnen könne. Darüber war natürlich die Familie hoch erfreut, da sie glaubte, nun endlich die Leidenszeit, die das Wohnen von 9 Personen in zwei Zimmern darstellt, überwunden zu haben. In Wirklichkeit fing diese jedoch erst an. Denn nun fehlten die Verträge ein. Als nach zehn Wochen noch immer nichts vom Wohnungsamt zu hören war, erkundigte sich das Ehepaar nach der angekindigten Zuweisung der Wohnung. Der Beamte meinte: „Es dauert nicht mehr lange. Noch eine 3 Wochen, dann haben Sie eine Wohnung.“ Als sich dann aber die Frau am 18. November 1920 erneut nach dem Stande der Dinge erkundigte, erhielt sie den überraschenden Bescheid, daß ihre Nummer noch lange nicht dran wäre und noch Monate vergehen könnten. Und tatsächlich hat die Familie heute noch immer keine Wohnung zugewiesen erhalten, sondern die Kinder müssen noch weiter, wie schon die ganze Zeit hindurch, die Nacht auf im Flur aufgestellten Stühlen zubringen.

Uns erschien diese Geschäftsführung mit dem immer wieder hinaufgeschobenen Versprechungen und Verträgen so unglaublich, daß wir uns auf dem Wohnungsamt erkundigten, ob das möglich wäre. Dies wurde durchaus nicht gefeignet, sondern damit zu entschuldigen versucht, daß die Geschäftsführung erst neu geregelt werden mußte, da sich der Wohnungsbedarf nicht hätte übersehen lassen.

Doch auch die „geregelte“ Geschäftsführung hat dem betr. Wohnungsuchenden bisher zu keiner Wohnung verholfen. Im März 1921 erhielt er den Bescheid, daß es noch zwei bis drei Monate dauern würde, ehe ihm eine Wohnung zugewiesen werden könne. Auf die Anfrage unsererseits, ob dieser Termin nun auch tatsächlich stimmt, da man doch dem Wohnungsuchenden nicht zumuten könne, daß er darauf ohne weiteres vertraut, wurde uns erst eine neue Frist von 4 bis 6 Monaten genannt. Nach energischen Vorstellungen, daß dies doch wieder eine neue unglaubliche Verschiebung des schriftlich mitgeteilten Termins wäre, erklärte man, daß die Kennung des längeren Zeitraumes ein Versehen wäre, und es nur noch ebenso viele Wochen, also 4 bis 6 Wochen dauern würde. Um nun anscheinend endlich diesen Termin einzuhalten, erhielt der Mann endlich eine Zuweisung, jedoch war die Wohnung nach eigenen Feststellungen des Wohnungsamtes infolge Ungezieser und dringend notwendiger Umbauten nicht bewohnbar. Nun wartet die Familie erneut auf eine Ankündigung des Wohnungsamtes. Ist es nach solchen Fällen nicht selbstverständlich, daß die Wohnungsuchenden das Vertrauen zum Wohnungsamt verlieren, wenn man sie, wie in diesem Falle von Versprechung zu Versprechung vertröstelet und zur Verzweiflung treibt?

Abholung der Zuckerkarten. Die Kolonialwarenhändler haben die von Freitag ab zur Ausgabe gelangenden Zuckerkarten von der Nahrungskartenteile. Wiesentafelne, Flügel B, Eingang Poggenpuhl, 1. Obergesch., Zimmer 19 abholen zu lassen und zwar: die Kolonialwarenhändler, deren Firmen die Anfangsbuchstaben A—R führen, am Mittwoch, den 27. April, und die, deren Firmen die Anfangsbuchstaben S—Z führen, am Donnerstag, den 28. April, in der Zeit von 7—2 Uhr.

Zum Bezirksvorsteher für den 6. Stadtbezirk ist an Stelle des Herrn Felix Willers Herr Max Schröder, Langermarkt 5, bestellt worden, als dessen Stellvertreter Optiker Richard Bonner, Langermarkt 6.

Die Auszahlung der Altersversorgungsbeträge für Monat Mai erfolgt am 29. und 30. April, die Auszahlung der Invaliden-, Unfall-, Waisen- usw. Renten am 2. und 3. Mai im Werkzeithaus. Das Nähere ist aus den beiden Postämtern befindlichen Aushängen und Hinweisen zu erfahren.

Die gemeinnützige Arbeits- und Kreditgenossenschaft, e. G. m. B., veröffentlicht im Anzeigentel ihre Bilanz für 1920.

Verharmdete weibliche Personen. Verharmdeten ist seit dem 22. April nachmittags die 23-jährige Stübe Minna

Engelmann, Hauptstraße 89. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Diebstahler sie in den Tod gestrikt hat, da sie ihrer Herrschaft gegenüber diesen Gedanken geäußert hat. Sie ist 1,20 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen, gold. Blumen in den Zähnen, rundes volles Gesicht. — Seit dem 17. April abends ist das 20-jährige Dienstmädchen Charlotte Paffen, Mühlentalerweg 17 verschwunden. Sie trägt sich vermutlich umher. Größe 1,65 Meter, rundes volles Gesicht, helles Haar und große hellblaue Augen. Bekleidet war sie mit grünem Kleid und schwarzer Jacke. Angaben erbittet die Kriminalpolizei.

Polizeibericht vom 26. April 1921. Verhaftet: 11 Personen, darunter 5 wegen Diebstahls, 1 wegen Conztrichendruck und Widerstandes gegen die Staatsgewalt, 1 wegen Diebstahl, 3 in Vollgehaft. — Obdachlos: 1 Person.

Veranstaltungs-Anzeiger

Sozialdemokratischer Verein Danzig. Mittwoch, den 27. April, in der Aula der Hilfsschule, Heilige Geiststraße 111: Frauen-Mitgliederversammlung. 1. Vortrag. 2. Parteiangelegenheiten. Alle weiblichen Mitglieder des Vereins werden um ihr Erscheinen ersucht. Auch die Frauen der Mitglieder sind willkommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verein: Donnerstag, 28. April: Branchenversammlung aller Werkzeugmacher und Eisen- im Gewerkschaftshaus, Godeliusplatz 1—2, Zimmer 70, abends 8 Uhr.

Freitag, den 29. April, abends 6 Uhr, bei Krestin, Sang- u. Lehrstagen.

Freitag, den 29. April, Bezirksversammlung Schidlich-Emmaus bei Steppuhn, abends 6 1/2 Uhr. Wahl des Bezirksausschusses und Delegierten.

Sonabend, 30. April, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus Godeliusplatz 1—2, Zimmer 70: Erweiterte Ortsverwaltung.

Montag, den 2. Mai, 9 1/2 Uhr nachm., bei Schmidt, Schichaustraße: Mitgliederversammlung aller freien Gewerkschaften der Magdonstraße. Tagesordnung: Fabrik- oder Betriebskrankentafel. Redner: Reel.

Verein Arbeiterjugend Danzig. Mittwoch, den 27. April, abends 7 Uhr, im Heim, Reiterstraße, Weidengasse 2, 2 Tr.: Vortrag über „Sozialismus“. Referent: Gen. Alois.

Verein Arbeiterjugend Chra. Donnerstag, den 28. April, abends 7 Uhr, im Heim: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert vollständiges Erscheinen.

Standesamt vom 26. April 1921.
Todesfälle: Witwe Wilhelmine Schulz geb. Augustin, 78 J. 7 M. — Kaufmann Max Kempf, 56 J. 8 M. — E. d. Kaufmanns Friedrich Korch, 7 Stunden. — E. d. Schuhmachers Franz Siebrandt, 11 M. — Wassertrichter Ferdinand Wichmann, 60 J. 9 M. — Unbekannt: 1 Tochter.

Polen.

Polen und der Schulzwang. Das Bedürfnis nach allgemeiner Volksschulbildung macht sich in der polnischen Republik von Tag zu Tag fühlbarer. Die Regierung würde gern den Schulzwang zum Gesetz erheben; aber es fehlt an der Möglichkeit seiner Durchführung. Die Haupt Schwierigkeit bietet der Mangel an entsprechenden Schulhäusern, unter dem besonders die Hauptstadt Warschau leidet. Zwar läßt der Magistrat vier große hölzerne Schulbaracken errichten, aber das ist natürlich verschwindend wenig. Deshalb wurde vorgeschlagen, die zahlreichen Billard- und Kinosäle am Parmentierplatz zu schließen und diese für Schulen zu machen. Die jetzt bestehenden Volksschulen gewähren mit Hilfe des „Polnisch-Amerikanischen Komitees für Kinderhilfe“ ihren bedürftigen Schülern Kleidung, Nahrungsmittel, Schulbücher usw.

Letzte Nachrichten.

Paris, 25. April. Ministerpräsident Briand ist auf der Rückreise von Sythe heute abend in Paris angekommen.

Paris, 25. April. Nach Berichten aus Sythe ist der Protest englischer Politiker gegen etwaige Zwangsmaßnahmen, die gegen Deutschland ergriffen werden sollen, nicht nur von Asquith, Lord Robert Cecil und Barnes, sondern auch von Henderson, Clynes und noch einigen anderen Politikern unterschrieben worden.

Die der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet, liegt das Ergebnis der gestrigen Abstimmung unter den Mitgliedern des alten Bergarbeiterverbandes über die in den letzten Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeitervertretern getroffenen Vereinbarungen in der Überzahl. Die Abstimmung war nicht vollstän dig vor. Es läßt sich aber schon erkennen, daß die Vereinbarungen mit einer Mehrheit von 2 zu 1 abgelehnt worden sind, so daß zunächst keine Heberücksichtigung verfahren werden, sondern neue Verhandlungen aufgenommen werden müssen.

Auf persönliche Vorstellung einer Abordnung mitteldeutscher Arbeiter hat der Reichspräsident Anweisung gegeben, daß die Sondergerichte das Recht des Strafausschusses haben, besonders unter Berücksichtigung der zahlreichen jugendlichen Angeklagten. Ohne die Sondergerichte auszusammensetzen, erklärte der Reichspräsident der Arbeiterschaft für unmöglich, da die ordentlichen Gerichte durch Straffachen so überlastet seien, daß die Angeklagten in Monatenlang in der Untersuchungshaft auf ihre Aburteilung warten müssen.

Berlin, 25. April. An die Landesversammlung in Jansbrud ist folgendes Telegramm gerichtet worden: Erfreut und begeistert von dem glänzenden Ergebnis der gestrigen Volksabstimmung sendet der deutsche Reichstag der Landesversammlung in Eindrucksvoller Weise die Versicherung des herzlichsten Gemeinschaftsgefühls. Der Gedanke der Volksgemeinschaft findet in unseren Herzen lebhaften Widerhall. gez. Loebe, Präsident des Reichstages.

44 englische Bergwerke unter Wasser.

London, 25. April. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte ein Regierungsvertreter, daß gegenwärtig 44 Bergwerke unter Wasser stehen. In diesen Bergwerken waren in normalen Zeiten 16 200 Bergleute beschäftigt.

London, 25. April. (Reuter.) Die Konferenz der Bergarbeiter und der Bergwerksunternehmer mit der Regierung ist heute zusammengetreten und hat über den Bericht der Bergwerksunternehmer beraten. Die Konferenz wurde jedoch auf morgen vertagt.

Gewerkschaftliches.

Einheitsfront zwischen Hand- und Kopfarbeitern.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (A.D.G.B.) und der Allgemeine freie Angestelltenbund (A.F.A.) haben in der letzten Zeit wiederholt Gelegenheiten, zum Wohle ihrer Mitglieder bei den verschiedenen Gelegenheiten zusammenzutreten. Dies erregte bei beiden Spitzenverbänden den Wunsch, das Zusammenwirken in Zukunft inniger und planmäßiger auszugestalten und in feste Regeln zu bringen. Es entsand nach wiederholten Verhandlungen ein Organisationsvertrag, nach welchem sich beide Körperschaften, ohne ihre Selbstständigkeit aufzugeben, verpflichtet in allen gewerkschaftlichen, sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten zusammenzutreten, die die Arbeiter und die Angestellten gemeinsam berühren. In Fragen, die nur eine der beiden Gruppen unmittelbar angehen, aber auch die andere Gruppe beeinflussen können, ist auf ihre Rücksicht zu nehmen. Grundsätzlich sollen die Arbeiter in den Verbänden organisiert werden, die dem A.D.G.B. angeschlossen sind und die Angestellten in den Verbänden des A.F.A. Über Abmachungen von diesem Grundgesetz sollen die Vorstände der beiden Bünde sich untereinander und mit den beteiligten Verbänden verständigen, wobei geschichtliche und organisatorische Eigentümlichkeiten berücksichtigt werden sollen. Streitigkeiten darüber sind durch ein Schiedsgericht zu entscheiden, dessen Zusammensetzung im Vertrag geregelt ist.

Zum Zweck des Zusammenwirkens sollen 1. bei den Verbänden und Ausführenden des einen Spitzenverbandes Vertreter des anderen mit beratender Stimme hinzugezogen, 2. im Bedarfsfälle gemeinsame Tagungen beider Bundesverbände und 3. beider Bundesauschüsse abgehalten

werden, 4. sind nötigenfalls auch gemeinsame Gewerkschaftsfesttage abzuhalten. Ein besonderer Abschnitt des Vertrages regelt das Zusammenwirken in den Orts- und Bezirksorganisationen beider Körperschaften.

Der vom A.D.G.B. herausgegebene Gewerkschaftliche Nachrichtenblatt wird auf den A.F.A. ausgedehnt.

Der A.F.A. tritt mit Zustimmung des A.D.G.B. in den Internationalen Gewerkschaftsbund (I.G.B.) ein, ohne daß für Deutschland eine zweite Landeszentrale errichtet wird. Auf dem Internationalen Gewerkschaftsfesttag wird dem A.F.A. mindestens ein Sitz eingeräumt. Soweit auf Veranlassung des Internationalen Gewerkschaftsbundes von Fall zu Fall Zusammenkünfte veranstaltet werden, ist der A.F.A. nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Mit dem Abschlusse dieses Vertrages ist für die gewerkschaftliche Angestellten- und Arbeiterbewegung eine Einheitsfront der Kopf- und Handarbeiter hergestellt worden, die aufs wärmste zu begrüßen ist. Ständehäufel und Misstrauen sind künftig ausgeschlossen. Der 12. April 1921, an dem dieser Vertrag abgeschlossen wurde, bedeutet einen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung. Stark und zahlreich sind die Aufgaben, die der zu gemeinsamen Taten verbundenen Körperschaften harrten. Der verstarbte Genosse Legien strebte eine solche Vereinigung zwischen Arbeitern, Angestellten und Arbeitern an. Jetzt ist es gelungen, zunächst die beiden Festgenannten dazu zu bringen. Mit dem Deutschen Beamtenbund wird noch verhandelt. Hoffentlich werden auch diese Verhandlungen erfolgreich sein.

Wirtschaftliches.

Sinkende Fleischpreise in Frankreich. Seit geraumer Zeit wird in Frankreich ein erbitterter Kampf zwischen den Schlachtern einer-

seits und den Konsumenten und Behörden andererseits geführt. Inzwischen für die Vieh sind nämlich stark gesunken, aber die Fleisch- und Fleischwarenhandlung denken gar nicht daran, die hohen Preise freiwillig abzugeben, suchen vielmehr deren Behaltens durch allerlei wenig beweiskräftige Argumente zu rechtfertigen. Aber dem mit der Zeit recht stark gewordenen Druck der öffentlichen Meinung und der Behörden hat die Schlachtersunft doch nachgeben müssen. Die französische Presse veröffentlicht fast täglich über den Stand der Dinge „Kriegsberichte“, die auch für den Deutschen nicht ohne Reiz sind. Aus ihnen wird berichtet, daß der Bürgermeister die Vertreter der Schlächter und Fleischhändler zu sich kommen ließ und mit ihnen „sehr energisch“ sprach. Das Meistbietende einer langen Ausrufreihe war die Aufstellung neuer Preise, die einen „spürbaren Abbau“ der Preise bedeuteten. Aus Schälton für Schälton kommt die Meldung, daß der Speck von 5 Franc auf 3 Franc das Pfund herabgesetzt worden ist. Die Fleischhändler in Clermont-Ferrand haben unter der Bedrohung durch gerichtliche Verfolgung sich entschlossen, die Preise für Rindfleisch um 25 Prozent, für Kalbfleisch um 20 Prozent und für Hammelfleisch um 30 Prozent zu ermäßigen.

BORG CIGARETTEN

für Qualitäts-Raucher

Wasserstandsnotizen am 28. April 1921.

	gestern	heute	gestern	heute	
Jamisch	+1,70	+1,02	Dirschau	+1,21	+1,39
Morshau	+1,75	+1,80	Einlaag	+2,30	+2,30
Thorn	+1,51	+1,68	Schleusenort	+2,48	+2,50
Torben	+1,33	+1,50	Schönau O. P.	+6,70	—
Gulm	+1,24	+1,44	Salzberg O. P.	—	—
Graubenz	+1,33	+1,51	Neuhofenbush	—	—
Kriegsbach	+1,68	+1,88	Wolfsdorf	—	—
Montaurepöhe	+1,12	+1,30	Kuwachs	+1,15	+1,37
Wielau	+1,04	+1,24			

Verantwortlich für Inhalt Dr. Wilhelm Bolge, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Freie Presse, beide in Danzig; für die Illustrierte Bruno Gwert in Ostb. Druck und Verlag von J. Gohl u. Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Scherer.
Dienstag, den 26. April 1921, abends 7 Uhr.
Die tolle Komteß
Operette in 3 Akten von Rudolf Bernauer und Rudolf Schrage. Musik von Walter Rollo. Spielleitung: Erich Stern. Musikalische Leitung: Erich Waller. Inspektion: Emil Werner.
Personen wie bekannt. Ende 9^{1/2} Uhr.
Mittwoch, abends 7 Uhr. Dauerkarten D 2 „Petrol“.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2 „Der Tod des Empedokles“.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 1 „Die tolle Komteß“ Operette.
Samstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 1. Gastmahl der Riehe.
Sonntag, abends 6^{1/2} Uhr. Dauerkarten haben keine Gültigkeit. Gastspielpreis Doppelgastspiel. Kammeränger Otto Sorkh vom Metropolitan Opernhaus in New York und Hans Feltner, Berlin. „Carmen“. Große Oper.

Finden Sie überall

750 Rähmischer Shag

pro Paket

in vorzüglicher Qualität
vorrätlich für Pfeife und Zigarette

Tabakfabrik B. Schmidt Nachf., Danzig, Rähm 16
Telefon 2327.
Fabrikniederlage Danzig, Schildh., Karthäuserstraße 113
Telefon 2307.

Sozialdemokr. Verein Danzig-Stadt.

Am Freitag, den 29. April, abends 8^{1/2} Uhr, in der Maurerherberge, Schäffeldamm

Generalversammlung.

Tagesordnung:

- Bericht der Stadtverordnetenfraktion.
- Quartalsabrechnung
- Jahresbericht und Berichte der Ausschüsse.
- Neuwahl des Vorstandes und der Ausschüsse.
- Verständenes.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. (4120)
Der Vorstand.

Fahrrad-Mäntel

von 65,- Mk. an.
1a Fahrrad-Schläuche
per Stück 25,- Mk.

Bernstein & Comp.

Danzig, Langgasse 50.
14078

Ein neuer
Sobeltisch
zu verkaufen, Klingebell,
Aleine Gasse 4, Hof 1 Tr.

Weiber, kleiner
Damenhut
trauerhalber billig zu verkaufen, Rowinas, Eifenstr. 2.

UT Lichtspiele

Nur noch bis 28. April

Der Mann ohne Namen

5. Teil. (4119)

Voranzeige!
Vom 29. April bis 5. Mai
Der sechste
Mia May-Film
„Der Leidensweg der Jünger Kraft“

Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Mähmaschinen-

reparaturen rasch u. billig.
Bernstein u. Comp.
Langgasse 50. 14078

Gut erhaltener
Feldstecher
billig zu verkaufen, Schildh.,
Weinbergstr. 11a, 2 Tr.

Neues Operetten-Theater

(früher Wilhelm-Theater.)
Tel. 4092. Tel. 4092.
Besitzer u. Direktor Paul Banemann.
Kunstl. Leitung, Dir. Sigmund Kunstadt.
Heute Dienstag, den 26. April

Anfang 7 Uhr Anfang

„Weinende Erben“

Operette in 3 Akten. Musik von Danziger
Morgen Mittwoch, den 27. April
„Wenn Liebe erwacht“

Vorverkauf beendet! 10-4 Uhr nur
im Dornen-Haus Langgasse 69/70 statt.
Sonntags 9-2 Uhr a. d. Theaterkasse.

Nach Schluß der Vorstellung:
Fahrverbindungen nach allen Richtungen.

in den Parterre-Räumen:
Klein-Kunst-Bühne „Libelle“

Klavier Reparaturen Flügel

sowie Stimmungen sämtlicher Tasteninstrumente werden prompt und nachgemäß zu soliden Preisen ausgeführt.

Piano-Fabrik **Hansa** Fabrik u. Kontor
Telephon 1895 Langgarten 101

Sozialdemokratische Partei Danzig.

Festprogramm

für die Maifeier am Sonntag, den 1. Mai 1921, nachmittags 2 Uhr.

Platzkonzert der Kapelle des Musiker-Vereins auf dem Hansaplatz.

Von dort aus Abmarsch des Fest- und Demonstrationzuges durch folgende Straßen:

Schlaggasse, Schäffeldamm, Tischlergasse, Altstadt, Graben, Junkergasse, Gr. Wollweberggasse, Langgasse, Köpfergasse, Hundegasse, Reithahn, Krebsmarkt, Neugarten nach Schildh.

Die Teilnahme an dem Festzug ordnet sich nach der Zugehörigkeit zu den einzelnen Gewerkschaften.

- | | | | | | |
|---|--|---|---|---|---|
| Gruppe I
Arbeiterjugend, dazu die Kinder von 10-18 Jahren aller Festteilnehmer. | Gruppe II
Gesangverein der Bäcker
Verband der Bäcker und Konditoren
Transportarbeiter-Verband
Brauerei- u. Mühlenarbeiter-Verband
Verband der Fleischer
Eisenbahner
Landarbeiter-Verband | Gruppe III
Langfuhrer Männer-Gesangverein von 1891
Bauarbeiter-Verband | Gruppe IV
Dachdecker-Verband
Holzarbeiter-Verband
Töpfer-Verband
Zimmerer-Verband
Steinsetzer-Verband | Gruppe V
Langfuhrer Männer-Gesangverein von 1891
Bauarbeiter-Verband | Gruppe VI
Steindrucker und Lithographen
Angestellten-Verband
Buchbinder
Böttcher
Bekleidungsarbeiter
Chorführer und Ballett
Friseur
Film- und Kinoangestellte
Verband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten
Gemeinde- und Staatsarbeiter
Feuerwehr
Gärtner
Maler
Musiker
Sattler und Tapezierer
Tabakarbeiter |
|---|--|---|---|---|---|

Das Maifestabzeichen berechtigt zum Eintritt in alle Festlokale. Um eine Ueberfüllung zu vermeiden, wollen sich die Teilnehmer der Gruppe II im **Café Seeger**, der Gruppe III im **Café Friedrichshain**, der Gruppe IV im **Café Steppuhn** und der Gruppe V im **Café Derra** sammeln.

Nachmittags von 4 Uhr an in den Lokalen **Derra, Steppuhn, Seeger u. Friedrichshain**

Großes Volksfest

Konzert :: Gesangsvorträge der Gesangvereine der Buchdrucker, der Bäcker, Sängergesang und des Langfuhrer Männergesangvereins von 1891.

Festrede • Festaufführung der Arbeiterjugend • Von 6 Uhr an Großer Festball.

Das Maifestkomitee. J. L. Jochen

Gut erhaltener
Schraubstock
mittlere Größe, zu kaufen gesucht.
Danziger Volksstimme,
Am Svendhaus 6.